

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verbindungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40	Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1	Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ¢ für die dreispaltige Peltzseite oder deren Raum berechnet
--	---	---

Der Reichstag als Hülfenleiter in den Zukunftsstaat.

Der arme Deutsche Reichstag hat es wirklich schwer, die Anerkennung seiner Auftraggeber zu erringen. Während die breiten Schichten des Volkes enttäuscht sind über die Unfruchtbarkeit seiner Tätigkeit, über seine Halbheit und sein Leeres-Stroh-Dreschen, entrüsten sich die Scharfmacher darüber, daß er lediglich Arbeiterhände größtenteils vernachlässigt. Der Oberstabschef Freyher v. Neiwitz behauptet in seiner „Arbeitsberichterstattung“, daß der Reichstag nach dem Willen der Sozialdemokraten und ihrer bürgerlich-demokratischen Verbündeten nichts anderes darstelle als ein Institut zur Förderung der Sozialreform um jeden Preis, wobei der Begriff Sozialreform ausschließlich als Mittel und Werkzeug zur Bevorrechtigung der Unterschichten anzusehen sei. „Das bedeutet mangels eines jeden wirklich ausreichenden Gegengewichts seitens der Reichsleitung nichts anderes, als daß der Reichstag die Hülfenleiter bildet, auf der man ohne sonderliche Anstrengung vom Gegenwartsstaat in den Zukunftsstaat gelangen kann.“ Das heißt also nichts mehr und nichts weniger, als daß die Sozialdemokratie auf dem Wege sei, mit Hilfe des Parlamentarismus, durch die Erringung des politischen Übergewichts im Reichstage, ihre Forderungen endgültig durchzusetzen.

Daß sich das Scharfmachertum hier einer bewußten Uebertreibung, wenn nicht gar einer absichtlichen Verdrehung der Wahrheit schuldig macht, brauchen wir unsern Lesern wohl nicht erst auseinanderzusetzen. Wir unterschätzen wahrlich die Bedeutung und die Wirkungsmöglichkeit der parlamentarischen Arbeit nicht, weil wir wissen, was der Reichstag im Laufe der letzten Jahrzehnte für die Massen des arbeitenden Volkes geleistet hat, aber wir sind weit davon entfernt, anzunehmen, daß der Reichstag uns die Tür zu dem ersehnten sozialistischen Zukunftsstaat öffnen werde, damit wir bequem hineinmarschieren können. Da sich der Klassenkampf zwischen ausbeuterischem Kapital und ehrlicher Arbeit auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens abspielt, weil die Klassengegensätze überall vorhanden sind, so kann der Parlamentarismus immer nur ein der Mittel sein — allerdings ein sehr richtiges Mittel —, um die Ziele des Sozialismus zu verwirklichen. Diese Tatsache muß man immer wieder hervorheben, um zwischen einer Ueberschätzung und einer Unterschätzung der politischen Arbeit die richtige Mitte zu halten.

Die Gegner der deutschen Sozialpolitik haben ein Interesse daran, die Erfolge des Reichstags auf sozial-politischem Gebiete zu übertreiben und dadurch seine Wirksamkeit überhaupt in Frage zu stellen. So schreibt denn Neiwitz ingrimmig: „Seit Jahren setzten sich die Vertreter der Sozialdemokratie zahlenmäßig an die Spitze der Fraktionen, und wenn man es genau nimmt, so drehen sich die Beratungen des „hohen“ Hauses überhaupt nur noch um die Frage, was in der Hervorbringung von Gesetzen zu leisten ist, die zu schnellerer Verwirklichung der in dem berühmten Erfurter Programm angelegten Forderungen der Umstürzungsrevolution zu führen vermögen. Das Ziel ist einer Anzahl von Verunsicherungen überlassen worden, deren höchste Lebensaufgabe Populäritätsbühnen und Wallfänger bilden; die Debatten sind nun überwiegend Teil aus dem Ton von Volksversammlungen getönt, und für die tatsächliche Erregung vollständer Probleme von einer höheren Ebene als von der den eifrigsten Parteimitgliedern aus findet sich kaum noch Raum. Um so eigenartiger müssen denn auch die Bemerkungen gewisser Kreise über den Reichstag nach wie vor zu einer Einrückung zu neigen, die befristeten zu wollen nicht nur ein Majestätverbrechen,

sondern auch ein Akt schönster Unbanbarkeit bedeutet. Denn eigentlich, so findet man mit dem schönen Selbstbewußtsein des Epigonentums, ist doch das bißchen des Guten, was die deutsche Gegenwart aufzuweisen hat, ausschließlich das Ergebnis der unablässigen Mäßigung der parlamentarischen Reichsvertretung, deren Aufgabe es seit halb einem halben Jahrhundert war, die verhängnisvollen Irrungen der Wismarschen Epoche bestmöglich wieder wegzumachen.“

Die notwendige Folgerung aus diesen Ausführungen ist natürlich die, daß der Reichstag umgestaltet und daß vor allen Dingen das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht beseitigt werde. „Leider“ festet es aber an der Entschlossenheit der leitenden Kreise, die erforderlich

es bleibt eigentlich nur der preussische Landtag als Hort der Reaktion und als Schützer der Volksausbeutung übrig. In dem preussischen Klassenwahlrecht oder besser Wahlrecht darf selbstverständlich nicht gerüttelt werden.

Das Ausspielen des Preußenparlaments gegen den Reichstag kommt immer mehr in die Mode, je mehr der berichtigte „Preußengeiß“ wieder L'ermawler gewinnt. Die reaktionäre Presse spricht mit Vorliebe von der „gemäßigten Gesellschaft“, die im Ballastbau am Königsplatz ihr Unwesen treibt und von einer „Notte“, die aus dem Tempel hinausgeworfen werden müsse. Aber hat denn heute noch Respekt vor dem Reichstag, diesem Reichstag? Hand aufs Herz! Seien wir doch ehrlich. Das ist doch nicht die Volksvertretung, zu der man mit größter Hochachtung aufblicken könnte! Diese hohen Schreier und leichten Schwärmer, diese verhassten Parteidoctrinäre, diese wandelnden Schimpfwörtererbiger, diese oberflächlichste, nur nach dem Wunde des Wälers sprechende polenhafte Gesellschaft, die jeden weiteren Horizont vernichten läßt, die unsere Staatsbetriehtungen herabsetzt, die uns vor dem Ausland klannt, ja, ist denn das noch eine achtbare Volksvertretung? Die rote und die schwarze Notte haben im Reichstag die Mehrheit und können alles niederstimmen, was ihnen nicht gefällt.“

Weil der Reichstag die Rechte des Volkes gegenüber dem persönlichen Regiment und der Willkürherrschaft vertritt, deshalb hat er sich den Jörn der achtpreussischen Leute zugezogen, und weil er, wenn auch manchmal recht schüchtern und ängstlich, das Interesse des Proletariats gegenüber dem Kapitalismus wahrnimmt, muß er das Geschimpfe der Scharfmacher über sich ergehen lassen. Von allen Seiten sucht man sein Unwesen herabzusetzen und seinen Einfluß herabzumindern, während man die Tätigkeit des Dreiklassenparlamentes in den Himmel hebt.

Was folgt hieraus für unser praktisches Verhalten und unsere Taktik? Zunächst müssen wir daraus die Lehre ziehen, daß es eine unabwendbare Notwendigkeit ist, immer von neuem wieder das Volkswort des Unrechts, den preussischen Landtag, zu benennen und zu bekämpfen, damit es endlich unter den Donnerzügen des empörten Proletariats zusammenbricht. Die reaktionären Cackler müssen aus den Schupswinkeln vertrieben werden und auch in die Preußenkammer muß der Luftzug der neuen Zeit hineindringen und die muffigen Winkler austüften. Um dies Ziel zu erreichen, bedarf es einer zähen, ausdauernden Arbeit, die nicht in zeitweiligen Exzessiven verpufft, sondern mit ruhiger Entschlossenheit ihren Weg geht. Und es bedarf auch der tatkräftigen Mitarbeit aller jener Volksschichten, die unter dem Klassenwahlrecht leiden. Dann wird es doch schließlich gelingen, in den letzten Jörn der Volksfeinde Dresche zu legen.

Vor allen Dingen aber ist es unsere Pflicht, dem Reichstage unsere moralische Unterstützung angedeihen zu lassen und sein Ansehen in jeder Beziehung zu heben. Es muß mit der in gewissen Kreisen sehr beliebten Methode gebrochen werden, geringschätzig oder verächtlich von der „Reichs-Daaselsbude“ zu sprechen und den Parlamentarismus als überlebt zu bezeichnen. Es vertritt sich nicht mit der Wahrheit und der Ehrlichkeit, daß man die Massen zur Erringung des gleichen Wahlrechts für den preussischen Landtag in Bewegung setzt und ihnen gleichzeitig die parlamentarische Arbeit verweigert. Wir wiederholen es noch einmal: der Parlamentarismus ist kein Mittel, aber er ist ein sehr geeignetes Mittel im proletarischen Emanzipationskampf, und je mehr die Gegner des demokratischen Sozialismus den Reichstag schmähend und herabwürdigend, desto entschiedener müssen wir für ihn einstehen.

Leset Euer Fachorgan!

Aus den verschiedensten Anzeichen müssen wir schließen, daß viele Kollegen, darunter selbst solche, die Posten im Verbandsbelleiden, den „Grundstein“ nicht oder nicht so lesen, daß sie davon Nutzen haben.

Der „Grundstein“ kann seinen Zweck nur dann ganz erfüllen, wenn er von allen Kollegen gelesen wird. Wer sein Fachorgan nicht liest, muß dem Verbandsleben notwendig fremd gegenüberstehen. Er begriff die Fortschritte des Verbandes nicht und nörgelt an allen Neuerungen herum. Nur wer regelmäßig sein Fachblatt liest, wird mit dem Verbandsfortschreiten, nur er kennt das Leben und die Aufgaben des Verbandes, nur er kann wirkungsvoll agitieren, und nur er hat auch das Recht, die Verbandsbetriehtungen zu kritisieren; denn kritisieren soll man etwas nur, wenn man es kennt.

Wer also mit dem Verbandsfortschreiten, wer ein nützliches Glied des Verbandes sein und bleiben will, der lese allwöchentlich sein Fachorgan!

ist, um eine solche Gewalt- und Habituatur in Angriff zu nehmen. Darum bleibt einzuweisen nichts anderes übrig, als daß die Einzelparlamente als Gegendamm gegen die Bestrebungen des Reichsparlaments benutzt werden. Es ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Einzelparlamente, so behaupten die Scharfmacher, dem ausgeprägten Streben nach Zentralisierung des Regiments im Reich entgegenzuwirken und dadurch zu verhindern, daß der Reichstag schließlich zum Herrn über das Geschick des deutschen Volkes wird. Die Einzelparlamente stellen demgegenüber die Zustufen dar, die bei richtig verstandener Auslegung der ihnen zustehenden Rechte dem Mißbrauch der reichsparlamentarischen Amtsgewalt mit Hilfe aktiver Beteiligung an der bundesrätlichen Reichspolitik zu steuern in der Lage sind.

Die Einzelparlamente sollen also, wenn es nach dem Willen der Scharfmacher geht, ihren Einfluß auf Bundesrat und Reichsregierung dahin geltend machen, daß sie etwaige Beschlüsse des Reichstags zugunsten der Unterschichten einfach abwürgen und dadurch wirkungslos werden lassen. Natürlich kann es sich hier immer nur um solche Einzelparlamente handeln, die nicht „durch eine anders geartete Wahlverfassung bereits dem demokratischen Volke zum Opfer gebracht worden sind“, wie sich v. Neiwitz geschmackvoll ausdrückt. Die meisten föderativen Landtage mit überaus freibewilligten Einrichtungen scheiden aus und



Was ist Politik.

Es muß schon richtig sein, daß die Deutschen ein ganz unpolitisches Volk sind; denn man ist sich in Deutschland nicht einmal darüber einig, was eigentlich den Sinn und das Wesen der Politik ausmacht. Wir denken da nicht an etwaige Meinungsverschiedenheiten, die unter Professoren und sonstigen Gelehrten über die Definition des Begriffes bestehen. Warum ist die Definition des Begriffes so schwierig? Nicht einmal die Leute, die sich Politiker nennen, wissen so recht, was das für eine Sache ist, mit der sie sich von Berufs wegen befassen, wo sie ihren Anfang und wo sie ihr Ende hat.

Wir konnten es ja gerade in der letzten Zeit wieder im Reichstag erleben. Bei den Debatten über die Anträge zum Vereinsgesetz stellte es sich heraus, daß die Rechte und die Vertreter der Regierung von dem was politisch ist, eine ganz andere Darstellung haben als beispielsweise die Sozialdemokratie, und daß zwischen diesen beiden entgegengesetzten Ansichten die Liberalen hin- und herschwanken, bald da, bald dort ein Zugeständnis machen, bald so, bald anders ein Kompromiß versuchen und so erst recht nicht zu einem festen Standpunkt gelangen.

Man muß wissen, was politisch ist, damit man zu entscheiden vermag, welcher Verein ein politischer Verein, und welche Versammlung eine politische Versammlung ist, damit die entsprechende politische Bewusstseinsbildung am rechten Orte und zur rechten Zeit Platz greifen kann. Einzelne, bei der Beratung des Vereinsgesetzes, wollten vorläufig die Leute den Begriff „politische Angelegenheiten“ im Wesentlichen näher erklärt wissen. Sie meinten, man könne etwa sagen, daß es solche seien, die Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates, die staatlichen Rechte der Bürger und die internationalen Beziehungen der Staaten in sich begreifen, und sie hielten es weiter für zweckmäßig hinzuzufügen, daß Organisationen, die eine Einwirkung auf eine Regelung politischer Angelegenheiten im Rahmen der Berufs- und Standesinteressen bestimmter Personenzirkel bezwecken, nicht als politische Vereine gelten sollten. Aber die Angehörigen der damaligen Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg. Wer werde sich denn so auf Worte festlegen wollen? Gerade auf dem hier in Rede stehenden Gebiete müßte doch mit einer festen Bestimmung gerechnet werden, der klare Begriffsbestimmungen nicht zu folgen vermöchten. Der Wohlwille läßt, aber der Geist magt lebendig; das war so ungefähr die Quintessenz der Ausführungen des damaligen Bethmann, und wir haben ja in der Zwischenzeit Gelegenheit genug gehabt, zu erkennen, ein wie heftiger Kämpfer gegen den Glauben an den toten Buchstaben gerade dieser Minister ist.

Jedenfalls verzichtete man auf die Definition und überließ alles der „freien Weiterentwicklung“. Zudem gab es obergerichtliche Entscheidungen, die einen Anhaltspunkt gewährten. Das Reichsgericht hatte als politische Angelegenheiten einmal die Bezeichnung, die unmittelbar den Staat, seine Gesetzgebung oder Verwaltung betreffen, seine Organe und Funktionen in Bewegung setzen. Auf

diese Auslegung gestützt, waren die Gerichte allerdings zu merkwürdigen Sprüchen gekommen. Sie hatten als politisch erklärt, Bepfändungen von Bürgermeistern, die Feier des hundertsten Jahrestages der politischen Konstitution, Vorträge über die bürgerliche Mutterpraxis, die Verherrlichung des hannoverschen Königshauses und anderes mehr. Als politische Vereine waren angesehen worden ein geselliger Verein der Dänen in Nordfriesland, der Verein „Freie Volkshilfe“, ja sogar Vereine für Feuerbestattung. Und von den Gewerkschaften hatte das Reichsgericht gesagt, sie würden zu politischen Vereinen in dem Augenblick, wo sie das Gebiet des gewerblichen Lebens verlassen, in das staatliche Gebiet hinübergreifen und die Organe des Staates für sich in Anspruch nehmen. Aber das sollte ja nun alles anders werden. Das Vereinsgesetz war das Produkt der neuen liberalen Ära, und Bethmann-Hollweg hatte doch gesagt, man solle sich keine Sorgen machen, da in Zukunft die Herrschaft des Buchstabes nicht mehr gelte.

In der Tat, diese Herrschaft ist gebrochen worden. Der Regierungsvorleser hat es jetzt im Reichstage verkündet, daß die Behörden sich nicht mehr nach dem Wortlaut der Vereinsstatuten richten, sondern ihr Augenmerk auf den Geist und das Streben der Organisation richten. Geist und Streben allein geben die Einwirkung darüber, ob der Verein als politisch anzusehen ist oder nicht. Doch leider auch mit Hilfe dieses Maßstabes will sich absolut keine Einigkeit erzielen lassen. Die Ansichten über das, was politisch ist, gehen noch mehr auseinander als früher. Die Parteien argumentieren einander vorbei. Keine will sich von der andern überlegen lassen. Nur die Konservativen besitzen das Organ, um die Auffassung der Regierung reiflos zu verfechten, die Liberalen sind schon schwerfälliger, und die Sozialdemokraten mit ihrem ganz beschränkten Interessenbereich kommen gar nicht mit. Sie begreifen zum Beispiel absolut nicht, warum der Bund der Landwirte unpolitisch sei, während die Gewerkschaften unter Umständen politischen Charakter erhalten. Der Bund der Landwirte beschäftigt sich mit der Wirtschaftspolitik, mit dem Fragen des Jalles, der Handelsverträge usw. Das sind unserer Meinung nach Dinge, die, um mit dem Reichsgericht zu reden, den Staat und seine Gesetzgebung mindestens so unmittelbar betreffen wie die von den Gewerkschaften aufgestellten Forderungen nach Arbeiterzuschüssen, nach einem Politik, die Lebensmittel verbilligt usw. Die Gewerkschaften üben gelegentlich Kritik an Ministern, die sich gar zu deutlich als Handlanger des Innenministeriums zu erkennen geben, der Bund der Landwirte scheidet die schärfsten Kräfte gegen Staatsmänner, die im Reichstag seinen, seinen Jollwitschen einen auch nach so leisen Widerstand entgegenzusetzen. Aber dieser ist eine unpolitische Organisation, jene stehen stets in dem schärfsten Verdacht politischer Intrique.

Weiter die Turnvereine. Die bürgerlichen Turnvereine sind unpolitisch, die Arbeiterturnvereine politisch. Die einen machen die Wanderschaft, die andern auch. Die bürgerlichen Turnvereine stehen auf nationalem Boden,

will sagen, sie preisen die Monarchie, und bekämpfen die kapitalistische Gesellschaftsordnung als etwas Selbstverständliches, Gottgewolltes und Unabänderliches. Die Turnvereine, die Arbeiterturnvereine tun nicht einmal das Gegenteil. Sie rekrutieren sich nur aus Personen, die innerhalb ihrer politischen Vereinigung für den Sozialismus eintraten und die Republik als eine der Monarchie überlegene Staatsform bezeichnen. Und die bürgerlichen Turnvereine nennen sich keine Turnvereine, die Arbeiterturnvereine werden auf Schritt und Tritt drangsaliert und schikaniert. Nützlich steht es mit der Jugendorganisation. Die Ideen des Besenmittels zum Aufschwung, zur Herrschaft der deutschen Arbeiter, zur Vortrefflichkeit alles Westlichen ist ebenso unpolitisch wie die Scherzmascherei zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die Kritik an dem Besenmittels, der Hinweis auf die Entwicklungsmöglichkeiten, die Erziehung zur Erkenntnis der Stellung der arbeitenden Klassen im Staat ist politisch.

Die Beispiele ließen sich vermehren. Überall das selbe Bild unüberwindlicher Gegenfälle in der Auffassung. Immer wieder das selbe: „ja, Bauer, das ist ganz was anderes“, wenn wir die Befugnisse der politischen und der als nichtpolitisch erklärten Vereine und Angelegenheiten feststellen zu können glauben. Wie soll man da alles nun zur Klarheit über den Begriff des Politischen gelangen?

Doch halt! Es ist immer zweckmäßig, den Dingen an die Wurzel zu gehen. Wie war es in den Anfängen der Vereinsgesetzgebung? Was haben sich beispielsweise die Leute gedacht, die das alte preussische Vereinsgesetz von 1850 geschaffen haben? Die Kommission der zweiten Kammer verteilte sich damals recht eingehend über politische Vereine. Sie stellte fest, daß die politischen Vereine die Zentralpunkte für die Bewegung bildeten, und daß auf ihnen die besagten schwersten Ideen und der Tat sachen hervorzuheben könnten, weil die Einzelkraft sich hier auf politische Angelegenheiten beschränken, weichen und zuletzt immer auf Massenemonstrationen beschränkt sei, und durch Terrorismus ausgedeut werde. „Die Kommission überzeugte sich, daß durch eine förmliche Organisation der politischen Vereine neben der geordneten Regierung sich eine zweite Bilde, die jene zu untergraben und zu zerstören drohe, und daß die Regierung durch die gesetzlichen Gewalttaten kaum noch möglich sei, wenn alle politischen Vereine sich berufen könnten, ihr Gehör in die Angelegenheiten der Entscheidung zu legen.“ Mit andern Worten also: ein politischer Verein ist ein solcher, der anders will als die Regierung.

Da haben wir es. Das war die preussische Definition von vor 64 Jahren. Aber wenn wir sie heute noch im Deutschen Reich anwenden, so wären wir sofort aus allen Schwierigkeiten heraus. Wir könnten uns all das Sinn- und Herden ersparen, wenn die Regierung nur noch die naive Ehrlichkeit der Reaktionäre in der Mitte des vorigen Jahrhunderts besäße, und verkündete: Politisch, wenigstens im Polizeisinn politisch, ist alles was kritisiert und opponiert. Politisch treiben heißt anders wollen als die Herrschenden. Rud. Weißfeld.

Die revolutionäre Lyrik in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Kuiper Platen und A. v. Chamisso, die beide schon vor 1840 starben und die Revolutionstage von 1848 nicht mehr erlebten, ist Heinrich Heine als politischer und sozialer Lyriker des vorwärtigen Deutschlands zu nennen. Er ist vielleicht von allen Dichtern für viele Arbeiter der bekannteste. Aus seinem Weberlied — „Im düstern Auge keine Träne, wir sitzen am Beschlüß und festigen die Bände“ — spricht all der ohnmächtige, hilflose Groll, der die von dem aufkommenden Kapitalismus aufs schmerzliche ausgebeuteten Proletariat erfüllt. „Deutschland, wir werden dein Reichentum, wir werden hinein den dreifachen Pfund“ ist die schauerliche Drohung dieser Proletarier aus Rastland, das ihnen nichts Lebenswertes zu geben vermag. In ihrer Verzweiflung fluchen sie dem Gott, zu dem sie gebeten, in Winterstürme und Hungernöten. Sie fluchen dem König, dem König der Reichen, den all ihr Elend nicht konnte erweichen, der den letzten Groschen von ihnen erpreßt und sie wie Hunde erschlagen läßt. Heinrich Heine hat auch von allen deutschen Dichtern zuerst den kommenden Massenkampf und seine Bedeutung erkannt. Er schrieb das Lied von den zwei Sorten Männen, „den Hungerigen und den Satten“, die miteinander im grimmigsten Kampfe liegen. Und er beschreibt die Gewaltthat, die den hungerigen Männenhaufen mit reichlichen und staatsmännischen Neben abspülen wollen. Klar und deutlich sagt er den Herrschenden, was man den Arbeitern geben muß, wenn man vor ihnen Ruhe haben will:

Nicht Wodengeläute, nicht Pfaffengebete,
nicht hochwohlwollende Staatsdekrete,
auch nicht Kanonen, viel Hundsteylfünder,
sie helfen euch heute, ihr lieben Kinder!

Im hungerigen Magen Eingang finden
nur Suppenlöffel mit Knödelgebunden,
nur Argumente von Rindschreibern,
begleitet mit Göttinger Würstgälaten.

Mit andern Worten: gebt den Arbeitern satt zu essen, dann werdet ihr vor ihnen Ruhe haben! — Schwarz tritt

Heine in seinem Wintermärchen jenen Leuten entgegen, die die Armen auf den Himmel bedröhen, damit sie sich auf Erden desto williger ausbeuten lassen:

Ein neues Lied, ein besseres Lied,
o Freunde, will ich euch dichten:
Wir wollen hier auf Erden schon
das Himmelreich errichten.
Wie wollen auf Erden glücklich sein
und wollen nicht mehr darben;
verschleimen soll nicht der faule Bauch,
was fleißige Hände erwarben.
Es wächst hierien kein Brot genug
für alle Menschenkinder,
auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,
und Zudeereßen nicht minder.
Ja, Zudeereßen für jedermann,
sobald die Götter placken!
Den Himmel überlassen wir
den Engeln und den Engeln.

Heine will also auf Erden schon ein Reich errichten, wo niemand mehr zu darben braucht, ein Reich, in dem nicht der faule Nichtstuer das bezerrt, was fleißige Hände erwarben. Das bedeutet nichts anderes als die Einführung des Sozialismus, dem Heine große Sympathie entgegenbrachte.

Neben diesen, heute noch viel gelesebenen Dichtern gab es um 1848 herum noch eine ganze Reihe mehr aber weniger revolutionärer Dichter: Robert Kruß, Dingelstedt, Hoffmann von Fallersleben, Nikolaus Lenau, Friedrich v. Schiller, Georg Heech, Adolf Glasbrenner, Ludwig Braun, Robert Kruß, ein Philosoph und Schriftsteller, der wegen seiner oppositionellen Haltung nirgends festen Fuß fassen konnte und dem die Polizei in Berlin sogar verboten, Vorträge über Altertumsgelehrnisse zu halten. Erst nach der Revolution erlangte er 1848 eine Professur in Halle, wo er aber von seinen eigenen Professorenkollegen wegen seiner oppositionellen Haltung wieder weggedrängt wurde. Nicht besser erging es Hoffmann von Fallersleben, der seit 1830 Professor der Philologie in Halle war. Als 1840 seine „Anpolitischen Lieder“ erschienen, wurde er

gemäßregelt und mußte lange ein unstilltes Wanderleben führen, bis ihm der Herzog von Ratibor 1854 auf Schloß Gortz eine Bibliotheksstelle gab. Kruß, Glasbrenner, Heech und Strahlmann hatten unter politischen oder administrativen Verfolgungen zu leiden. Aber diese Verfolgungen nutzten der Reaktion auf die Dauer nicht, und mit Recht rief darum Lenau im Schlußgesang seiner „Widener“ den Despoten und reaktionären Dunkele männen die bekannten Worte zu:

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht verjagen,
noch läßt der Sonnenaufgang sich verdrängen
mit Buepurnmänteln oder dunkeln Hüten;
den Ungehörigen folgen die Justizten;
und gahen blutig heim, was jene litten;
nach Fuß und Bißta kommen Läufer, Sulten,
die dreihige Fahre, die Gebennretreiter,
die Stürmer der Postille und so weiter.

Weitens die größte Bedeutung hatten als revolutionäre Lyriker der Schwabe Georg Herwegh (geb. 1817) und der Bessale Friedrich Heibel (geb. 1810). Heibel trat vor beiden der ältere aber der politische Lyriker war nicht weniger als Herwegh. Er hatte kein Bannier mit einem Offizier Streif bekommen und war nach der Schwab desertiert. Dort gab er 1818 seine Gedichte in „Leben und Taten“ heraus, die ungetrübtes Aufsehen erregten und rasch mehrere Auflagen erlebten. Herwegh war ein fehriger, wenn auch etwas unflarer Revolutionär.

„Ich bin ein freier Mann und singe
nicht wohl in meine Festsingergast!“
sagte er. Er verzichtete auf eine Staatsanstellung, obwohl er eine solche leicht hätte erlangen können; denn er so sagt er:

Ich durfte nur, wie andre, wollen
und war nicht leter davonweilt,
wenn jählich man im Staat die Mollen:
den treuen Sinesden ausgeleilt;
allein ich hab nie zugewieft,
so oft man mich herbebedeilt,
so habe fort und fort gepiffen,
mein ganzer Melidrum ist mein Lied.

Der Tarifvertrag.

Nach Vorträgen Dr. Singheimers im Frankfurter Arbeiterbildungsausschuss.

IV.

Die Bedeutung des Tarifvertrages für Staat, Arbeitgeber, Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Nachdem wir uns über alle Tariffragen der Tarifentlohnung klar geworden sind, können wir mit ruhigem Gewissen ein Urteil über ihren Wert abgeben. Ich frage zuerst: Hat der Tarifvertrag Bedeutung für den Staat? Ich sehe nicht an, diese Frage zu bejahen. Unsere großen Gesetze des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung sind keineswegs Einrichtungen, die nur von dem Staat bei diesem Passivbetriebe, bei dieser Fülle mannigfaltiger Berufseinrichtungen, bei dieser Anwendung der Technik und Wirtschaftsführung heute noch allein imstande, den sozialen Schutzbedürfnissen nachzukommen, daß dies nicht der Fall ist. Der Staat vermag oft schon technisch bedingte, weil seine Maschine zu groß und zu schwerfällig ist; da schmeißt sich in das Gesetz der Arbeiterentlohnung als eine neue Maßnahme hinein. Er kann den Staat entlasten, ergänzen und in gewissen Fällen die Staatnorm überflüssig machen; die Arbeitsnormen des Tarifvertrages sind beweglicher und anpassungsfähiger. Denken Sie nur an die Frage: Arbeitsurlaub, Arbeitspausen, Arbeitszeit, Akkorde usw. All dies kann durch einen Tarifvertrag besser geregelt werden, als durch ein Staatsgesetz. Wo heute das Gesetz am vollständigsten sein sollte, ist es am schwächsten; so daß sich oft gesuchte Juristen nicht mehr in ihm zurechtfinden. Da kommt der Tarifvertrag als neue Maßnahme, die sich die Tarifentlohnung selbst unmittelbar gesellen haben. Aber auch in politischer Beziehung hat der Tarifvertrag eine sehr wichtige Bedeutung. Damit irgendwo ein Fortschritt erreicht werden kann, Sonntagruhe usw., muß der ganze unbillige Weg der Politik beschritten werden. Aber warum müssen wir den unbilligen Weg über die Politik in den Fällen gehen, die eben so leicht durch die unmittelbare Tätigkeit der Beteiligten erledigt werden können?

Ich sage damit nichts gegen die politischen Bestrebungen im Interesse der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaftsbewegung bedarf der notwendigen Ergänzung durch die politische Partei. Sowohl aber Fragen herausgenommen und den direkt Beteiligten selbst überlassen werden können, soll es geschehen. Ich glaube, daß der Gedanke der parlamentarischen, in denen die sozialen und wirtschaftlichen Fragen des Gewerbes auf der Grundlage allgemeiner gesellschaftlicher Ermächtigung durch die Beteiligten selbst erledigt werden können, keine Utopie mehr ist. Ich glaube sogar, daß solche parlamentarische für die einzelnen Gewerbe — wie wir sie tatsächlich schon in unseren Reichstagsparlamenten haben — sehr wohl einmal zu einem sozialen Parlament zusammengeführt werden können, in denen die Beschwerden des Arbeiterschutzes, deren Befriedigung die Staatsorgane nicht so wirksam vornehmen können, durch die Beteiligten unmittelbar geregelt werden können. Tatsächlich geht die Entwicklung auf immer größere Zentralisierung der Unternehmer- und Arbeiterverbände hinaus. Es entstehen gemeinsame Interessen der Arbeitgeber und Arbeiter. Willst du einmal die Zeit, wo diese Interessen in gemeinsamen Verhandlungen der gedachten Art ihren Ausdruck finden.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich das selbständige Interesse des Staates an der Pflege der Tarifverträge.

Der Staat sollte nicht nur die Tarifentlohnung als Konjunktur der Vorkriegszeit mit Betrieben abschließen, sondern auch als Produkt, der Arbeiter beschäftigt, unterstützen. Der Staat sollte aber auch zugleich als Gesetzgeber die Tendenz des Tarifvertrages, allgemeinen Wettbewerb zu werden, fördern. Er sollte Normen schaffen, die es erlauben, daß bestimmte Tarifverträge, die in einem Gewerbe zum größten Teile durchzuführen sind, ganz oder zum Teil, solange der Tarifvertrag besteht, zum Gewerbegebiet erhoben werden können. Damit werden die Ausschreibungen der Ausschreibung gegen den Tarifvertrag durch den Staat selbst beseitigt.

Wie stehen nun die Arbeitgeber zum Tarifvertrag? Wie sieht heute für den Tarifvertrag aus. Manne sogar in so starkem Maße, daß sie Tarifverträge fordern, wo bei der Arbeiterkraft kein besonderes Verlangen danach vorhanden ist. Daneben stehen aber große und mächtige Arbeitgebergruppen, die noch wie vor den Tarifvertrag ablehnen. Ich erinnere an die Hemmungen, von denen ich in meinem ersten Vortrag gesprochen. Da ist es gut, zu wissen, daß die Bedeutung des Tarifvertrages, besonders für den leistungsfähigen Arbeitgeber, eine doppelte ist. Es werden heute oft langfristige Verträge mit den Bundes der gleichen Tarifverträge abgeschlossen. Manne deshalb auf mehrere Jahre im Voraus berechnet werden. Da ist es wichtig, feststehende Lohn- und Arbeitsbedingungen zu haben, nach denen die Berechnung aufgestellt werden kann. Der Unternehmer weiß dann, daß unvorhergesehene Streiks keine Skalkulation nicht unversehrt können. Aber der Tarifvertrag hat auch noch einen anderen Nutzen für den Arbeitgeber. Er dient nicht nur zur Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im eigenen Betriebe, sondern auch in dem der Konkurrenz. Wenn aber alle Betriebe dem gleichen Tarifvertrag unterworfen sind, das heißt gleiche Löhne zahlen müssen, ist die Möglichkeit der Preisunterbietung wenigstens nach einer Richtung hin ausgeschlossen.

Und nun müssen wir zuletzt noch fragen: Was nützt der Tarifvertrag der Arbeiter- und Angestelltenbewegung? Meines Erachtens vierfache: Erstens fördert der Tarifvertrag im Arbeitskampfe gewonnenen Errungenschaften für die im Verträge vorgesehene Zeit. Es ist noch keinen Tarifvertrag gab, konnte wohl ein Streik siegreich sein, ob aber die Vorteile des Streiks ausblieben, war oft sehr zweifelhaft. Beim Tarifvertrag aber kann sich der Arbeiter nicht mehr losreißen von dem, was er einmal zugefassen hat. Mit anderen Worten: Das Lebensniveau, auf dem einmal die Arbeiter angelangt sind, bleibt erhalten.

Zweitens bewirkt der Tarifvertrag den Gedanken der Gleichberechtigung bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die sogenannte „konstitutionelle Fabrik“ vermag dies keineswegs. Sie ist auf den Arbeiterausstoß aufgebaut, der weiter nichts ist als ein Parlament abhängiger Gesitzten. Er ist zu vergleichen mit einem Parlament, in dem nur Angestellte des Staates sitzen. Wie kann ein solches Parlament eine freie und selbstbewusste Interessensvertretung der Arbeiter sein? Die konstitutionelle Fabrik ist nur eine Form, in die sich die Willkür des Arbeitgebers heilt. Der Tarifvertrag aber ist auf die Organisation aufgebaut, die unabhängig vom Arbeitgeber ist. Sie kann nicht geändert werden, sie kann allein gleichwohl fordern und mitbestimmend auftreten. Drittens stärkt der Tarifvertrag die Willkür des Arbeitgebers in der Befandlung des einzelnen Arbeiters

ein. Durch den Tarifvertrag dringt so etwas wie der Gedanke des Rechtsstaates in den Betrieb ein. Der einzelne Arbeiter ist nach den Normen des Tarifvertrages zu behandeln. Jeder Arbeiter, jeder Werksmeister, jeder höhere Angestellte und der Internernehmer selbst sind an diese Normen gebunden. Die Verletzung dieser Normen ist Tarifbruch. Hinter dem einzelnen steht der Verband, der diesen Tarifbruch abwehrt. Damit gewinnen aber alle Arbeits- und Lohnbedingungen etwas Sichtbares, etwas Offentliches, womit der Arbeitgeber rechnen muß. Und viertens endlich macht der Tarifvertrag Kräfte frei, indem nicht alle Kraft der Gewerkschaften auf den Kampf eingestellt werden muß, sondern durch die festgelegten Arbeits- und Lohnbedingungen Ruhepausen schafft, in denen sich die Kräfte sammeln und für neue Aufgaben bereit machen können.

Wenn aber auch diese Vorteile des Tarifvertrages ganz offensichtlich sind, so muß man doch vor einer Überhöhung des Tarifvertrages warnen. Der Tarifvertrag ist nicht das alleinige und nicht das höchste Ziel der gewerkschaftlichen Politik. Er ist nur ein Mittel in dem großen Werk, die Arbeiter- und Angestelltenbewegung materiell und geistig zu heben. Für diesen Zweck bildet der Tarifvertrag eine Grundlage, weil er neue Kräfte weckt, aber nicht mehr. Er bedarf der Ergänzung nach folgenden Richtungen hin.

Zunächst in wirtschaftlicher Hinsicht. Was der Tarifvertrag vermag, ist die Befreiung des Monopols. Monopole sind verbunden; denn die Leistung, die heute auf allen Gebieten herrscht, kann den gewonnenen höchsten Lohn wieder vollständig aufzehren. Darum muß sich die Arbeiterkraft immer mehr ihrer Bedeutung als Konsument bewusst werden, um durch gewerkschaftliche Organisation den Monopolen, das heißt die Kaufkraft des Lohnes, zu entgegen. Wie stehen wir am Anfang dieses Weges. Wir haben die gewerkschaftliche Konsumentenbewegung; aber die gewerkschaftliche Benutzung der Mittel, die die Arbeiterkraft braucht, bietet noch unbegrenzte Möglichkeiten. Was sie leisten kann, beweist in letzter Zeit das große Werk der Volkserziehung. Neue Gebiete müssen noch erobert werden. Man denke nur an den gewerkschaftlichen Erwerb der Wohnungsgeschäfte. Welch ungeheure Verluste hat die große Masse durch die Methode vieler dieser Geschäfte. Billige, gute Möbel unter kunstgewerblicher Kontrolle, in denen sich ein selbstbewusster Arbeiter nicht ausbreitet, auf gewerkschaftlichem Wege beschafft, ist eine Möglichkeit, die zur Wirtschaftlichkeit werden könnte. Heute sieht der Arbeiter unter fremden Möbeln, die einen Geist atmen, der ihm fremd sein muß. Kunstvolle Empirer Möbel aus arbeitskräftiger Feinarbeit, mit Stud und höchstem Holz umgibt die Arbeiter. Was könnte da noch geschehen! Dasselbe gilt von der Wohnungfrage.

Zu diesen wirtschaftlichen Erwägungen kommt aber noch die Regulierung des Arbeitsmarktes. Wir haben die Freigängigkeit und müssen sie haben. Wir kennen alle das Wanderarbeiterent, das die Menschen von den großen Städten treibt, weil sie dort Untertanen sind und zur Selbstständigkeit nicht aufsteigen können. Aber durch den Zutritt der großen Masse beschlossenen Landvolkes in die Stadt wird der Lohn immer wieder gedrückt. Da ergibt sich die Frage der Agrarreform, die Frage der inneren Kolonisation, die Frage der Anpassung von Landarbeitern. Diese Frage ist auch eine Frage der Lohnpolitik, die darauf angewiesen ist, das Arbeiterangebot zu regulieren. Dazu kommt, daß sich die Gewerkschaften immer mehr als Selbst-

Sie wachst schwärzte für die deutsche Einheit und Unabhängigkeit unter einem deutschen Kaiser, für ein freies Vaterland die Welt erobern sollte. Er war eine hitlerische Kampferneuerung.

Was unser Hand in Ähre nicht, soll sie vom Schwert nicht lassen; wir haben lang genug geliebt und wollen endlich kaffen.

Er erhebt förmlich den Kampf und betet:

Wrause, Gott, mit Einemorden durch die fürstliche Stille, gib ein Kreuzspiel der Freiheit für der Schwere Hölle, aus dem Nachmittags der Freiheit lag uns wieder einmal schliefen, laue wieder einen Akt, drauf wir uns die offenen diesen, beide vor uns einen Wahlplatz, einen Platz der Wälferswahl! Aus dem Sterke, aus der Scheide zieht sich wieder unser Stahl!

Und als Robert Prutz verbannt wurde, droht er den absolutistischen Machthabern:

Ihr spottet unser, stolze Wälfersänger? Vaut nicht zu sehr auf euer Ahnenschild! Vielleicht noch morgen Tag die weißen Äger, vielleicht schon morgen das gelbe Bild.

In einem anderen Gedicht ruft er das Volk und die Dichter an:

Reißt die Ärege aus der Erden! Alle sollen Schiller werden, Gott im Himmel wird's vergelten. Laßt, o laßt das Wälferswesen! Auf den Amboss legt das Eisen! Seiland löst das Eisen sein.

Und wieder in einem anderen Gedicht ruft Heine:

Wer seine Hände fallen kann, bel' um ein gutes Schwert, um einen Herrn, einen Mann, den Gottes Horn bewehrt! Ein Kampf muß uns noch werden, und dein der schönste Sieg, der letzte Kampf auf Erden, der letzte heilige Krieg!

Sal vorwärts, bis der Morgen blüht, sal vorwärts, früh und froh! Vorwärts, bis der Morgen blüht die Brut des Ähras! Er wird auch für uns sprechen, der Herr, der für uns schweigt, und unsere Ketten brechen im letzten heiligen Krieg!

Während so Heine schon im 1840 die kommende Revolution verkündete und propagierte, war Freiligrath um diese Zeit der Politik noch völlig abgewandt. Er war im Gegenteil im Gedicht, der in seinem Faust das Wort: „Ein garstig Gedicht! „Ein politisch Lied!“ gesagt hatte, der Meinung, daß der Dichter über den Politik stehen müsse. Schon als Kaufmannslehrling in Soest i. W. hatte er nach dem Tode seines Vaters das innige Lied: „O sieh so lang du lieben kannst!“ gedichtet. Im dieselbe Zeit und später in Amsterdamm entstand seine andere Weere, Zier- und Bühnenpoesie, die im Jahre 1841 proklamatorische Freiligrath in einem Gedicht auf den Tod des spanischen Republikaners Diego Leon die Unparteilichkeit der Dichter, indem er den politischen Dichtern zureif:

Der Dichter steht auf einer hohen Warte, als auf den Zinnen der Partei.

Einige Wochen nachdem dieses Gedicht erschienen war, verließ Friedrich Wilhelm IV. Freiligrath eine Jahresreise von 300 Tagen. Die politischen Dichter griffen nun Freiligrath scharf an. Er wußte sich wandte sich mit einem Gedicht an ihn, in dem es hieß:

Partei! Partei! Wer sollte sie nicht nehmen, die doch die Mutter aller Siege war! Wie man ein Dichter soll ein Wort verstehen, ein Wort, das alles Freilicht gebort! Nur offen wie ein Mann: Freilicht aber wider? Und die Parole: Ehre oder Preis? Selbst Wüter stiegen vom Olymp hernieder und kämpften auf der Zinne der Partei!

Als Emanuel Geibel Freiligrath zu Hilfe eilte, verspottete Heinege beide in dem Gedicht „Die Penzionierten“, indem er sie folgendes Zwiegespräch halten läßt:

Geibel: Wiß Du's, der da seinen Speer geschwungen und die Dracken ...

Freiligrath: Ja, die Dracken, samt den Drackenführ, bezwungen.

Geibel: Wiß Du's?

Freiligrath: Ja, ich bin es in der Tat, den Bediente Bruder nennen, bin der Sänger Freiligrath.

Geibel: O, so laß ich Dich mit Starben, und so rühm' ich Dich mit Ambra, o Du hardigster der Warden, reißest mich vor den Skambra ... Ohne Dich, den einzig Uebel, kenn ich nie so trefflich wedeln; heiße Geibel, so's erlaubt ist, wenn man mal ein Dichterkant ist usw.

Und nun beschließen sie beide:

Sie wollen ihre Flammen tun zu einem Brand zusammen, braten als getreue Diener die verfluchten Sabotiner, und verzehren dann in Frieden die Pension der Invaliden.

Diese Äußerung der politischen Dichter, mehr aber noch die Zeitverhältnisse und besonders das realistische Verhalten des romantischen Königs selbst brachten nun auch Freiligrath auf den Boden der Wirklichkeit. Er schämte sich, Pensionär des Königs von Preußen zu sein, und nach schweren inneren Kämpfen, von denen sein Glatz in bekennend Zeugnis ablegt, wies er zu Beginn im Jahre 1847 die Pension zurück. Und nun wurde Freiligrath der Held der Revolution, während Heinege Bedeutung immer mehr sank. (Schluß folgt.)

solch oberflächlicher Schätzung für die nächsten Wochen, vielleicht bereits gänzlich zu Lasten des Jahres, eine Gesamtschau der an den deutschen Effektenmarkt kommenden Papiere von betriebe einer Milliarde Mark. Eine solche Schätzung in so kurzer Zeit wäre beispiellos in der Geschichte unserer Borse. Der höchste einzelne Monatsbeitrag (seit Anfang 1910) ist der Mai 1910 mit 748 Millionen Mark. Der laufende Monat droht ihn bei weitem zu übersteigen. Da er wird bereits etwa einem Drittel der Summen entsprechen, die im Durchschnitt auf jedes einzelne der letzten vier Jahre entfielen. In der Zeit beziffert das bekannte Berliner Jahrbuch der Wertesien der Kaufmannschaft die Jahresgesamtschüme der zugekauften Werte: für 1910 auf 8385, 1911 auf 8161, 1912 auf 2051, 1913 2465 Millionen Mark. Beispiellos ist aber auch der Anteil der in- und ausländischen öffentlich-politischen Anleihen, und diese Erscheinung wiederholt sich ausgeprägter noch in Paris und nur wenig gemildert in London. Besonders Paris vollbringt erlauchtliche Leistungen in der Kapitalbeschaffung; sieht man aber die Höhe der neuen und heranziehenden Emissionen durch, so bleiben als Rückgeber fast nur politische Körperschaften übrig: Serbien mit einer neuen Anleihe von 250 Millionen Frank, Jugland mit 665 Millionen Obligationen (Geldanleihe) und dem auf Frankreich entfallenden Anteil der 150-Millionen-Anleihe, die kürzlich mit höchstheftiger einer falschen Milliarde und endlich Frankreich selbst mit den angekündigten 800 Millionen Frank, die aus den Währungsverrechnungen hervorgegangen sind.

Der Schiffahrtskrieg, der nach der Ratifizierung des Konventions vom 21. Januar mit allseitigen Karfreieremissionen einsetzte, ist zwischen den beiden großen deutschen Unternehmungen so gut wie beendet, und nach dem Berliner und Bremer Mittelungen frecht man hier sogar eine engere Interessengemeinschaft in nordatlantischen Geschäften an. Bis zu der früher manchmal empfohlenen Fusion zwischen Lloyd und Sapag wird man dabei nicht gehen wollen — früher worten die Grundzüge dazu schon einmal ausgearbeitet, und zwar sollte die Generaldirektion der „Vereinigten Werftreedereien“ auf neutralen Boden, nach Berlin, verlegt werden. Ein für den Auswanderer-verkehr wichtiges internationales Ergebnis hebt sich jedoch schon hieran aus den nebststehenden Andeutungen heraus: Der Verkehr zwischen den beiden deutschen Wirtschaftszweigen ist durch die neuerwachten Wirtschaftlichen Unterhalt, wird einen entscheidenden Schritt vorwärts zu größeren Unabhängigkeit seines Auswanderer-verkehrs machen.

Für das größte Zubehörsland, die Vereinigten Staaten, ist die Zeit, trotz des Wirtschaftskrisenanges in den Endmonaten, das Gesamtjahr 1913 zu einer glücklichen Periode abgelaufen. Von den Haupterzeugnissen abgesehen, landeten 1913 1.887.318 „fremde Immigranten“ in der Union, das sind 85 pBl. mehr als 1912, 64 pBl. mehr als 1911 und nahezu 20 pBl. mehr als 1910. Den bekanntlich seit Jahren stetig wachsenden Rückgang von Amerika nach Europa und anderen Ländern mit in Rechnung gestellt, dürfte die Union in dieser Weise von außen her einen Bevölkerungszuwachs von 1.017.967 Personen, trotz der seit Monaten reichlich eingehenden Arbeiterkontingente.

Berlin, 17. Februar 1914. Mag & Schipfel.

so hat die niedrigste Beitragssumme einen Wert von 50 A. Soweit nicht unbedingt ein höherer Beitrag zu zahlen ist, wird den Zweigvereinen empfohlen, für die Mitglieder, auf die Vergünstigung des § 26 Anspruch erheben können, Marken zu 50 A (40 + 10) zu verwenden.

Sofalfondsarbeiten. Bei der früheren Prozentberechnung und Rückvergütung eines bestimmten Beitragsteiles an die Sofalfonds mußten viele Zweigvereine außerdem noch Zuschlagsbeiträge erheben, die teils ihren Wert in der Werbungsarbeit hatten, teils aber, namentlich während des Winters, mit besonderen Marken quittiert wurden. Dazu kamen noch Sofalportagomarken, Kartellmarken usw. Diese Vielheit an Beiträgen und Marken ist mit dem neuen Statut in Wegfall gekommen. Da von den Sofalbeiträgen die Zweigvereine keine Anteile bekommen, sondern den lokalen Bedarf vollständig für sich feststellen müssen, so wäre es natürlich unbillig, mit verschiedenen Zuschlagsarten zu arbeiten. Besonders Sofalfondsarbeiten, oder wie sie sonst genannt sein mögen, werden vom Verbandsvorstand nicht mehr herausgegeben.

Ein und wieder kommen Anfragen, ob es den Zweigvereinen oder bestimmten Sektionen gestattet sei, besondere Untersuchungen einzuführen und dafür besondere Beiträge zu erheben. Das ist nicht gestattet. Von Werbungsarbeiten dürfen nur die Beiträge erhoben werden, die im Statut vorgegeben sind. Kein Mitglied darf, wenn es sich um andere Dinge Beiträge zu leisten, Gemengelt werden vom Verbandsvorstand auch keine Marken für besondere Untersuchungsarbeiten herausgegeben.

Mitgliederbeiträge. An Stelle der früheren Mitgliederbeiträge werden jetzt in allen Zweigvereinen der Kartellbeiträge eingeführt. Die richtig ausgefüllte Karte erfolgt nicht nur das Mitgliederverzeichnis, sondern übertrifft es in der bequemen Handhabung. Mitgliederbeiträge werden daher nicht mehr herausgegeben. Da die Mitgliederlisten natürlich in den Zweigvereinsbüros oder in den Wohnungen der Zweigvereinsleiter geführt und aufbewahrt werden müssen, können sie nicht in den Geschäftsstellen benutzt werden. Das ist aber auch nicht nötig; die Geschäftsstellenleiter und Leiter können die Beitragslisten sammeln und an die Geschäftsstellen senden. Hierbei sei gleich bemerkt, daß die Sammelkarten in allen Zweigvereinen und Geschäftsstellen doppelt geführt werden müssen, damit sie immer vollständig in den Händen der Geschäftsleiter und der Sammler sind. Für die Zweigvereine, wo der Zweigvereinsleiter die Beiträge direkt von den Mitgliedern in seiner Wohnung oder im Geschäftslokal entgegennimmt, werden nach wie vor Sammelkarten herausgegeben.

Zur Reiseunterstützung. In unserm Rundschreiben zur Auszahlung und Quittierung der Reiseunterstützung, das wir Ende Dezember vorigen Jahres herausgegeben haben, wird gesagt, daß neben dem Jahresbeitrag kein Monatsunterstützung gezahlt werden darf, oder dort, wo für mehrere Tage Monatsunterstützung gezahlt werden kann, wenigstens nicht an gleichen Tagen.

Das ist mehrfach als eine Härte moniert worden. Deshalb haben wir in Nr. 6 des „Grundstein“ bemerkt, daß Monatsunterstützung auch neben dem Jahresgeld gezahlt werden darf. Dieser Teil unserer früheren Anweisung ist also durch die neuere Bekanntmachung außer Kraft gesetzt worden. Wir eruchen die Auswähler der Reiseunterstützung, das zu beachten.

Den reisenden Kollegen aber können wir in ihrem eigenen Interesse nur dringend empfehlen, mit ihrem Reisefeld recht sparsam umzugehen; denn vor Ablauf des Jahresgeldes gibt es einen neuen Reisefeld nicht, und außerdem ist die Reiseunterstützung bekanntlich ein Teil der Gewerkschaftenunterstützung und wird auf diese angerechnet.

Jugendabteilung.

In nachstehenden Orten sind vom Verbandsvorstand Jugendpflegschaften ernannt worden. Als Obmann ist bestimmt für:

Hagenau i. Gf. Hof, Dösch, Meher Wasse 10.
Hamm i. W. Herr. Wöfe, Ritterstr. 19.
Hilbert. Friß Steen, Steinrader Weg 9c, part.
Sintgart. Reinhold Klein, Feuerbach, Beunberger Straße 64.

Ausgeschickten sind auf Grund § 22 Abs. 2 des Statuts vom Zweigvereine **Stralund:** Carl Seve, geboren am 26. Juni 1890 zu Rontopp, eingetretten am 28. Juni 1912 (Verb.-Nr. 0241 776), und Subwig Hüppner, geboren am 9. Juni 1884 zu Hergarten, eingetretten am 3. März 1904 (171 634); vom Zweigvereine **Sintgart:** Johs. Erntwein, geboren am 1. Oktober 1883 zu Bernshausen, eingetretten am 17. Mai 1905 (68 820).

Die Namen der Kollegen, die wegen rückfälliger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekanntgegeben.

Angehörern, deren Verpflichtungen nachkommen, wird vom Zweigvereine **Frier:** Wilhelm Großel, geboren am 12. Januar 1887 zu Wilschneureuth, eingetretten am 20. Februar 1911 zu Karlsruhe (Verb.-Nr. 294 929).

Zweidienliche Mitteilungen bitten wir an den Vorsitzenden des betreffenden Zweigvereins gelangen zu lassen.

Vom 15. bis 22. Februar haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gezahlt: **Mittelschiffel** 11,30, **Wohlm 75**, **Bielefeld 30**, **Großen a. d. Ober 900,07**, **Galbe a. d. Mitte 14,81**, **Düsseldorfer 60**, **Gräfenhainichen 68,90**, **Gr. Schöden 17,31**, **Bautzen 200**, **Hofen 26**, **Clönnitz 1,55**, **Friedrich a. Herz 4,85**, **Oeynshausen 6,95**, **Deufelshausen 47,50**, **Bism 50**, **Bretz 100**, **Reichenbach 8,58**, **Schönfeld 81,02**, **Sanger-**

hausen 98,17, **Strasburg i. Gf. 28,40**, **Schloppe 16,17**, **Ilfen 15**, **Wittmund 100**, **Himowitz 88,69**. Von hingefandter Streitunterstützung zurückgefordert: **Mühlhausen i. Gf. 11,71**.

- Kalender.**
- Großen a. d. Ober 10.
Futterale.
 Magdeburg 11,40, **Himowitz 1,50**.
- „Grundstein“-Einband.**
 Bochum 11,30, **Mittelschiffel 3**, **Mannheim 2,20**, **Birma 8**, **Ilfen 3**, **Wilschneureuth 2**.
- „Die Gewerkschaften“ von Brann.**
 Bielefeld 11,40.
- Jugendabteilung.**
 Herzogenaurach 11,90, **Strasburg i. Gf. 95,40**.
- Abonnement „Das Einigungsamt“.**
 Bamern 11,47, **Bamern 4,71**, **Braunschweig 3,14**, **Bonn 3,14**, **Bochum 1,57**, **Calbe 4,71**, **Emden 7,85**, **Galbe 1,57**, **Friedland 1,57**, **Gießen 3,20**, **Hilbesheim 1,50**, **Karlsruhe 1,57**, **Kaiserslautern 4,50**, **Leipzig —,70**, **Leisnig 3**, **Landsberg a. d. W. 1,57**, **Minden i. W. 3**, **Nordhausen 1,57**, **Wina 3,20**, **Spanau 1,57**, **Strasburg i. Gf. 1,57**, **Ilfen 3,14**, **Wilschneureuth 3,14**, **Bittau 1,57**.
- Der Verbandsvorstand.

Loftbewegungen und Differenzen.

- Deutschland:**
- Bad Soden.** Sperrt über die Firma Johann Bettenbühl.
Bublitz i. Pomm. Gesperrt sind die Unternehmer Krüger und Nack.
Coswig (Anhalt). Aussperrung.
Danzig. Sperrt über den Unternehmer Sasnowski.
Dortmund. Das Bangeschäft Gebrüder Krieter aus Weimar bei Bochum hat sich als nicht zahlungsfähig erwiesen.
Flöha. Der Unternehmer Müller aus Oberwiesna hat sich als zahlungsunfähig erwiesen.
Gollnow. Sperrt über die Geschäfte von Wilh. Kläster, Hermann Küster und Herzog.
Gumbinnen. Sperrt über den Unternehmer Kometat.
Hadmersleben (Zweigverein Egel). Sperrt über den Unternehmer Wehse.
Hannover. Sperrt über Hachethal, Draht- und Kabelwerke in Langenforth, Gasanstalt Hannover.
Havelberg. Sperrt über die Bauten der Firma Karl Knispel.
Heide. Sperrt über die Arbeiten der Unternehmer Theodor und Glashmann in Cleve und über die Mauerarbeiten bei der Klranlage der Firma Thiedemann & Wendland.
Hoya. Sperrt über die Firmen Ernst Zech, Joh. Zech und Hainr. Reimers.
Itzehoe. Sperrt über Alsenische Portland-Zementfabrik.
Jüterbog. Sperrt über den Neubau des Strohens.
Königsberg i. Pr. Sperrt über den Unternehmer Mattora.
Köslin. Sperrt über die Arbeiten des Unternehmers Killmann.
Krittel (Zweigverein Frankfurt a. M.). Sperrt über das Bangeschäft von Neill.
Landau. Sperrt über das Betongeschäft von Hornbach.
Leipzig. Sperrt über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hoho Straße, über die Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anlage, Zweinaunderfor Straße, über die Unternehmer Kirschner & Löber in Neu-Wiedritsch, Röhr, Kosenwitz, Frohburger Straße; Snikala (Rabitz), Möckern; Keil und Hädrich, Windscheidstraße, wo kein Lohn gezahlt wurde.
Lüneburg. Gesperrt sind die Regiarbeiten auf der Wachschiebe.
Militzsch. Der Unternehmer Winkler hat sich als zahlungsunfähig erwiesen.
Podejuch. Der Unternehmer Schulz hat sich als zahlungsunfähig erwiesen.
Pöhlitz. Sperrt über den Unternehmer Pappa.
Proetz. Sperrt über den Unternehmer Mademann.
Putbus a. R. Sperrt über den Neubau des Unternehmers Kröger aus Bergen.
Rothenburg i. Hann. Gesperrt bleiben die Unternehmer Peter Willonbrock und August Frömming, die sich weigern den Tarif anzuerkennen.
Rügenwalde. Sperrt über die Firma Papenfuß.
Strasburg i. d. U. Sperrt über den Unternehmer Döring auf der Arbeitsstelle in Gr. Luckow.
Strotitz. Sperrt über die Arbeiten der Firma Weiland.
Vogelsack. Sperrt über die Bauten der Firmen Friedrich aus Aschwerden und Lessan aus Schönböck.
Visselhövede. Sperrt über die Bauten der Unternehmer v. Wieding in Hiddingen, Wolf in Jeddington und Längmann in Schwitshon.
Wangerooz. Gesperrt sind die Arbeiten des Unternehmers Jansson.
Wismar. Sperrt über die Firma Eggert.
Zerbst. Sperrt über die Firma Gardtke.
- Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:**
- Gelsenkirchen.** Sperrt über die Firma Hünebeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.
Hagen. Sperrt über die Firma Wimmeler & Gärtner.
Hamburg. Sperrt über die Firma Ang. Hoehne 83hne.
Hannhlm. Gesperrt sind die Unternehmer Herbel und Hans Müller.
Nürnberg. Sperrt über die Arbeiten der Zwischenunternehmer Bocklet (Bamberg) und Ang. Leibl.
- Gips- und Stukkateure:**
- Guxhaven.** Sperrt über das Geschäft von Brüggemann.
Hamm i. W. Sperrt über W. Müseler wegen Nichtanerkennung des Tarifs.

